

Antrag 15/I/2025**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen:****Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft**

1 Bildung ist eine zentrale öffentliche Aufgabe – und
 2 weit mehr als ein individueller Weg zum beruflichen
 3 Erfolg. Sie bildet die Grundlage für soziale Teilhabe,
 4 demokratische Mündigkeit und persönliche Entfal-
 5 tung. Als Jusos betrachten wir Bildung in einem um-
 6 fassenden Sinn: als Raum der kollektiven Entwick-
 7 lung, der sozialen Gerechtigkeit und der Möglich-
 8 keit, gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen
 9 und mitzugestalten.

10 In Brandenburg stehen zentrale Säulen dieses Bil-
 11 dungsverständnisses aktuell unter Druck. Im Zuge
 12 der aktuellen Haushaltsverhandlungen sieht sich
 13 das Land mit schwierigen finanziellen Rahmenbe-
 14 dingungen konfrontiert. Dennoch beobachten wir
 15 mit großer Sorge, dass geplante Maßnahmen im Bil-
 16 dungsbereich erhebliche Einschränkungen bedeu-
 17 ten würden – für die frühkindliche Bildung ebenso
 18 wie für Schulen und Hochschulen.

19 Konkret stehen zur Debatte:

- 20 • die Streichung von Lehrer*innenstellen trotz
- 21 steigender Schülerzahlen,
- 22 • die Rücknahme der geplanten Verbesserung
- 23 des Betreuungsschlüssels in Krippen,
- 24 • der Wegfall von Schulbudgets und Schulassis-
- 25 tenzkräften
- 26 • sowie eine gedämpfte „Hochschultreppe“, al-
- 27 so die Abflachung der ursprünglich vorgese-
- 28 henen Mittelsteigerung für den Hochschulbe-
- 29 reich.

30 Diese Entwicklungen stehen aus unserer Sicht im
 31 Widerspruch zum Anspruch, Bildung als zukunfts-
 32 orientierte, solidarische Aufgabe ernst zu nehmen.
 33 Sie treffen besonders jene Menschen, die im Alltag
 34 bereits mit strukturellen Hürden im Zugang zu Bil-
 35 dung konfrontiert sind – und sie gefährden die At-
 36 traktivität und Leistungsfähigkeit der Bildungsberu-
 37 fe. In Summe drohen Rückschritte, wo es eigentlich
 38 Fortschritte gebraucht hätte.

39 Der SPD-Landesparteitag fordert von der SPD- Land-
 40 tagsfraktion vor diesem Hintergrund:

- 41 1. Die Rücknahme der angekündigten Kürzun-
- 42 gen im Bildungsbereich. Insbesondere soll -

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung**

Ablehnung mit Verweis auf den geplanten Haus-
 haltsbeschluss 2025/26 des Landes und damit zu-
 sammenhängenden Maßnahmen, Teile könnten in
 Antrag 24 integriert werden

- 43 der geplante Abbau von Lehrer*innenstellen
44 ausgesetzt, - die Verbesserung des Personal-
45 schlüssels in der Krippe wie vorgesehen umge-
46 setzt, - sowie die Finanzierung der Hochschu-
47 len im Rahmen einer dynamischen, am tat-
48 sächlichen Bedarf orientierten Hochschulent-
49 wicklung fortgeführt werden.
- 50 2. Eine klare bildungspolitische Priorisierung im
51 Haushalt des Landes Brandenburg. Bildung
52 muss – gerade in Krisenzeiten – als ein Be-
53 reich behandelt werden, der strukturell ge-
54 schützt ist. Investitionen in Kitas, Schulen und
55 Hochschulen müssen gegenüber kurzfristigen
56 Einsparungen Vorrang erhalten. Dazu gehört
57 auch eine verstetigte Finanzierung überjähri-
58 ger Entwicklungsprogramme und eine nach-
59 haltige Personalpolitik.
- 60 3. Einen landesweiten Dialog über die Zukunft
61 öffentlicher Bildung. Wir fordern die Landes-
62 regierung auf, gemeinsam mit Bildungsak-
63 teur*innen, Trägern, Verbänden und Interes-
64 senvertretungen ein offenes Format zu schaf-
65 fen, in dem Prioritäten, Bedarfe und Spielräu-
66 me konstruktiv diskutiert werden können. Ge-
67 rade in finanziell schwierigen Zeiten braucht
68 es Transparenz, Partizipation und langfristige
69 Perspektiven – nicht nur schnelle Einsparun-
70 gen.

71

72 **Begründung**

73 Brandenburg hat in den vergangenen Jahren wich-
74 tige Schritte zur Verbesserung der Bildung unter-
75 nommen: Der Ausbau frühkindlicher Angebote, In-
76 vestitionen in Ganztagsangebote und sozialräum-
77 liche Unterstützung sowie die Hochschulentwick-
78 lung im ländlichen Raum sind Beispiele dafür. Die-
79 se Entwicklungen verdienen Anerkennung – und sie
80 zeigen, dass Fortschritt möglich ist, wenn politischer
81 Wille und Ressourcen zusammenkommen.

82 Gleichzeitig zeigen aktuelle gesellschaftliche Her-
83 ausforderungen – Fachkräftemangel, soziale Un-
84 gleichheit, Demokratiedefizite, digitale Transforma-
85 tion – sehr deutlich: Der Bedarf an gut ausgestat-
86 teten, gerechten und leistungsfähigen Bildungsein-
87 richtungen ist größer denn je. Jede Kürzung an die-
88 ser Stelle wirkt sich langfristig negativ aus – nicht
89 nur für die direkt Betroffenen, sondern für das Ge-
90 meinwesen insgesamt.

91 Als Jusos begreifen wir Bildung nicht als ökonomisch

92 verwertbares Gut, sondern als Ausdruck von Demo-
93 kratie und Gerechtigkeit. Ein funktionierendes Bil-
94 dungssystem braucht Ressourcen – personell, in-
95 frastrukturell, organisatorisch. Die angekündigten
96 Einschnitte würden nicht nur bestehende Probleme
97 verschärfen (wie Personalmangel oder Bildungsun-
98 gleichheit), sondern auch das Vertrauen in die öf-
99 fentliche Hand und in den gesellschaftlichen Zu-
100 sammenhalt beschädigen.

101 Gerade in einem föderalen System wie dem deut-
102 schen, in dem Bildung stark von der Landespoli-
103 tik geprägt ist, kommt Brandenburg eine besonde-
104 re Verantwortung zu. Wenn das Land Vorreiter bei
105 nachhaltiger Bildungsentwicklung und gleichwertiger
106 Lebensverhältnisse sein will, dann darf es nicht
107 an der Bildung sparen. Es braucht den Mut, Bildung
108 dauerhaft ins Zentrum der politischen Debatte und
109 Haushaltsplanung zu stellen – und das nicht nur als
110 rhetorische Priorität, sondern mit konkreten Investi-
111 tionen.

112 Bildung ist kein Kostenfaktor, sondern eine langfris-
113 tige Investition in die soziale, demokratische und
114 wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

115 Wer heute bei Lehrer*innenstellen, Kita-Personal,
116 Studienplätzen oder Schulbudgets kürzt, zahlt
117 morgen den Preis – in Form von Fachkräftemangel,
118 wachsender Ungleichheit und gesellschaftlicher
119 Spaltung. Deshalb fordern wir: Kein Sparkurs auf
120 Kosten der Bildung, sondern ein klares politisches
121 Bekenntnis zu ihrem öffentlichen, solidarischen
122 Charakter.

123